



BürgerInnenbrief

28. November 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Mietenspiegel: Wer bezahlt? +++ SAGA GWG: Kleine Erfolge +++ Bezirksportrait: Eimsbüttel +++ HVV-Preise runter!

Neuer Mietenspiegel: Wohnen wieder teurer!

von Heike Sudmann



MietenWahnsinsChor, 12.11.2013 (Foto: LINKE-Fraktion)

Am 12. November hat Senatorin Blankau den neuen Hamburger »Mietenspiegel 2013« vorgestellt. Wie zu erwarten war, wird Wohnen in Hamburg deutlich teurer: Die Nettokaltmieten im freifinanzierten Wohnungsbau liegen zum Stichtag 1. April 2013 bei durchschnittlich 7,56 Euro pro Quadratmeter – eine Steigerung um 5,7% im Vergleich zum »Mietenspiegel 2011«. Dieser wiederum hatte eine Steigerung um 5,8% gegenüber 2009 aufgewiesen. Die Durchschnittszahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einigen Bereichen, z.B. bei den Altbauten, die Erhöhungen bei bis zu 21% liegen.

Gute Worte und hehre Absichtserklärungen reichen nicht, um den Mietenwahnsinn zu stoppen. Solange VermieterInnen von der Wohnungsnot profitieren und Riesengewinne mit hohen Mieten machen dürfen, werden sie das auch tun. Es bleibt abzuwarten, ob wenigstens die Trippelschritte aus den Berliner Koalitionsverhandlungen (danach soll die Miete in Zukunft innerhalb von drei Jahren »nur« um 15% erhöht werden; Weitervermietungspreise dürfen »nur« 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete laut Mietenspiegel liegen) umgesetzt werden.

Die grundsätzliche Kritik am Mietenspiegel bleibt, solange er nur Mieten berücksichtigt, die sich in den letzten

Jahren verändert, in 99% der Fälle also erhöht haben. Mieten, die nicht verändert bzw. erhöht wurden, werden ebenso wenig berücksichtigt wie die günstigen Mieten von Sozialwohnungen. So verkommt der Mietenspiegel immer mehr zu einem Mieterhöhungsinstrument. Wenn er dagegen zum Schutzinstrument werden soll, müssen endlich auch die günstigen und unveränderten Mieten Berücksichtigung finden. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE (Bürgerschafts-Drucksache 20/8812 vom 31.7.2013) hatten SPD, CDU und FDP jedoch erst im August 2013 unisono abgelehnt.

Die steigenden Mieten treffen auch die Menschen, die staatliche Leistungen wie ALG II oder Grundsicherung beziehen. Damit der Senat die Anpassung der Sätze für die »Kosten der Unterkunft« nicht wieder jahrelang verschleppt, hat die Linksfraktion noch am 12. November, am Tag der Verkündung des neuen Mietenspiegels, einen Antrag zur sofortigen Erhöhung der Sätze eingebracht (s. dazu den Artikel von Tim Golke in diesem »BürgerInnenbrief«).

Für Verwunderung sorgte Senatorin Blankau, als sie von einer »Stagnation der Mietpreissteigerung« sprach. Nochmal 5,7% mehr Miete ist in keiner mir bekannten Rechenart eine Stagnation, sondern zieht den MieterInnen einfach mehr Geld

aus der Tasche. Dabei weiß Jutta Blankau sehr gut, dass nur aufgrund der Erhebungsmethode die Steigerungsrate denkbar knapp unter der von 2011 liegt. Alle vier Jahre, wie zuletzt 2011, wird für den Mietenspiegel eine große Untersuchung mit einem repräsentativen Bevölkerungsausschnitt durchgeführt.

Zwei Jahre später – wie jetzt 2013 – gibt es nur eine kleinere Erhebung, bei der der Anteil der preistreibenden Neuvermietungen wesentlich kleiner ist. Vor diesem Hintergrund sollte gerade für Frau Blankau und den Senat der hohe Anstieg ein Alarmsignal sein. Doch weit gefehlt, der Senat sonnt sich lieber in der Zahl der Baugenehmigungen, die noch nicht ein-

mal die Garantie bieten, dass diese auch realisiert werden. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aktivitäten meiner Fraktion hat der improvisierte »MietenWahnsinnsChor« der LINKEN vor dem Rathaus gleich im Anschluss an die Senatspressekonferenz zur Verkündung des neuen Mietenspiegels nach der Melodie »Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld« den von Bernhard Stietz-Leipnitz umgedichteten Text schräg, aber machtvoll vorgetragen. An dieser Stelle möchte ich nochmals allen UnterstützerInnen und SängerInnen herzlich danken. Es ist toll, welche Talente wir unter uns haben und wie wir Politik auch mit Spaß machen können!

Mietenspiegel-Lied

Sonntags, da sitzt in der Wirtschaft im Eck,
Immer ein feuchter Verein.
Bis gegen zwölf schenkt der Wirt tüchtig ein,
dann wird das Taschengeld spärlich.
Vorigen Sonntag nun brachte der Wirt,
Runde um Runde herein.
Bis gegen zwei Uhr der ganze Verein
Fragte: Herr Wirt, sag uns ehrlich:

Refrain:

| : Wer soll das bezahlen,
Wer hat das bestellt,
Wer hat so viel Pinke-pinke,
Wer hat so viel Geld? : |

Kürzlich, da saß ich solide und brav
Mit meiner Gattin zuhaus.
Plötzlich, da zog meine Gattin sich aus,
Wollt mich mit Neuem ergötzen.
Was denn, so dachte ich, das kennst du längst!
Doch was dann kam, das war neu:
Wäsche und Strümpfe und Schuhe dabei!
Da rief ich voller Entsetzen:

Refrain:

Vieles bei uns, das war gründlich zerstört,
Wir hatten nicht mal 'nen Staat.
Jetzt hab'n wir zwei, die auch ganz separat
Ihre Regierungen tragen.
Kosten die beiden uns auch schon genug,
Wir brauchen mehr als nur zwei.
Wir hab'n im Hintergrund Frankfurt dabei,
Und nur die Ängstlichen fragen:

Refrain:

(Original, von Kurt Feltz, 1949)

Dienstag, da saß im Rathaus Hamburgs,
die hiesige Presse vereint,
so gegen zwölf schenkte Blankau dann ein,
da leuchtet' manch Auge begehrllich:
Mal sehen, wie viel's heut' wieder wird
Heute kommt's Mietspiegelein;
bis gegen halb eins der ganze Verein
fragte: Jutta, sag uns ehrlich:

Refrain:

| : Wer soll das bezahlen,
Wer hat das bestellt,
Wer hat so viel Pinke-pinke,
Wer hat so viel Geld? : |

Herr Meier, der sitzt solide und brav,
in seiner Wohnung zuhaus
plötzlich, da kommt der Mietspiegel raus
Post vom Vermieter folgt gleich
Was denn, denkt Meier, ist nun wieder los,
was kam, das war leider nicht neu:
Mit fünfzig Euro mehr Miete ist er dabei
Meier ruft, vor Schrecken erleicht:

Refrain:

Unser Vertrauen ist gründlich zerstört,
in die Politik des Senats;
Die Miet'n geh'n hoch, und zwar allüberall,
Wir woll'n das nicht mehr ertragen!
Kosten die Mieten schon mehr als genug
Wir sind jetzt nicht mehr dabei!
Der Miethai, der hat doch Kohle genug
Und alle Mieter, die sagen:
Der soll das bezahlen,
der hat das bestellt,
der hat soviel Pinke-Pinke,
der hat so viel Geld.

**(Bearbeitet von Bernhard Stietz-Leipnitz,
Hamburg, im November 2013)**

Die nächste Mieterhöhung kommt bestimmt!

von Tim Golke



Auch Wohnen in Hamm wird immer teurer (Foto: C. Hannen)

Der aktuelle »Mietenspiegel 2013« hat für Hamburg gegenüber 2011 eine durchschnittliche Steigerung der Nettokaltmieten von 5,7% ergeben. Die VermieterInnen haben damit binnen kurzer Frist die Möglichkeit, aufgrund des Mietenspiegels neue Mieterhöhungen zu verlangen. Hinzu kommt, dass seit Inkrafttreten des Mietrechtsänderungsgesetzes zum 1. Mai 2013 auch noch neue »Gestaltungsmöglichkeiten« für VermieterInnen hinzugekommen sind. Die Miete kann z.B. nach Abschluss einer Modernisierung um den Modernisierungszuschlag steigen. Zusätzlich dürfen VermieterInnen die Miete wegen der Wohnwertverbesserung und Energieeinsparung auch noch auf ein gestiegenes Ortsniveau anheben. Da neuerdings auch die energetische Beschaffenheit und Ausstattung als den Wohnwert erhöhendes Merkmal zählt, werden VermieterInnen verstärkt versuchen, nun auch noch eine über dem Durchschnitt liegende ortsübliche Vergleichsmiete zu verlangen. Obwohl die Modernisierungskosten schon nach spätestens neun Jahren über die Modernisierungsumlage für die VermieterInnenseite hereingeholt sind, wird die höhere Miete erfahrungsgemäß nicht etwa wieder gesenkt, sondern verbleibt auf dem erhöhten Niveau. Das heißt nun aber, dass die MieterInnen die Modernisierung quasi zweimal zahlen. Einzige Grenze wäre bisher, dass der modernisierte Standard nicht doppelt berücksichtigt werden darf. VermieterInnen können nun in Hamburg »beide« Mieterhöhungsvarianten so geschickt miteinander kombinieren, dass die Kappungsgrenze (also die maximale Mieterhöhung von 15% in drei Jahren) sogar umgangen werden kann.

Die Fraktion DIE LINKE hat angesichts dieser Situation den Antrag »Nach dem Mietenspiegel ist vor der Mieterhö-

hung« in die Bürgerschaft eingebracht (Bürgerschafts-Drucksache 20/9940 vom 12.11.2013), mit dem wenigstens die BürgerInnen im Bezug existenzhaltender Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen vor massiver Schlechterstellung geschützt werden sollen. DIE LINKE fordert, die Sätze in den bestehenden Fachanweisungen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII entsprechend den Steigerungen des neuen Mietenspiegels in Höhe von durchschnittlichen 5,7% bei den Nettokaltmieten unverzüglich anzuheben.

Nachdem nämlich jahrelang keine Anpassung der Höchstwerte für die Kosten der Unterkunft von EmpfängerInnen von Leistungen des SGB II und SGB XII erfolgte, kam es zunächst zum 1. April 2012 zu einer Anpassung, die aber für die betroffenen Menschen auch Verschlechterungen bedeutete. So wurde die Berücksichtigung der Baualtersklassen zugunsten von Pauschalwerten nach dem Mittel der Mietenspiegelwerte ersetzt. Dies führte dazu, dass die Anmietung von Altbauwohnungen und Wohnungen mit Baujahr nach 1994 für Betroffene seitdem oftmals nicht mehr möglich ist. Darüber hinaus bringen auch die angespannte Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt und die nach wie vor drastisch abnehmende Anzahl von Wohnungen mit Sozialbindung die Betroffenen häufig in eine ausweglose Lage. Die eigene Wohnung ist dann zwar nach Maßgabe des Jobcenters zu teuer, aber eine neue, preiswertere Wohnung ist tatsächlich nicht zu finden. Bei regelmäßigen Recherchen im Wohnungsportal »Immonet« sind häufig weniger als 20 und nur selten über 50 Wohnungen zu den bisher angeblich »angemessenen« Preisen verfügbar gewesen. Darunter sind zudem viele Monteurswohnungen. In anderen Fällen wird bereits bei der Besichtigung um das Mit-

bringen von aktuellen Gehaltsnachweisen gebeten, was EmpfängerInnen von Leistungen des SGB II und SGB XII regelmäßig ausschließt.

Auch ist die vom Bundessozialgericht geforderte Schlüssigkeit der bisherigen Regelungen zu den Kosten der Unterkunft zumindest infrage zu stellen. Das Bundessozialgericht nennt zwar beispielhaft auch einen Mietenspiegel als zulässiges Ermittlungsinstrument. Die pauschale Ermittlung der Höchstwerte, wie in den Fachanweisungen von 2012, erfüllt jedoch die strengen Kriterien des Bundessozialgerichts de facto nicht mehr.

Darüber hinaus besteht in Hamburg aufgrund der praktizierten Einheitsgemeinde auch ein erhebliches Demokratiedefizit. In Flächenstaaten ist nämlich aufgrund der Ermächtigung des § 22a SGB II häufig den Kommunen unter Beteiligung der kommunalen Gremien die Festlegung der Angemessenheitsgrenzen übertragen worden. In Hamburg entscheidet hingegen der Senat allein. Auch die Diakonie hatte bereits fachliche Vorschläge gemacht, wie die dringend erforderliche Anpassung an die Realitäten des Hamburger Wohnungsmarktes erfolgen könnte.

Die aktuellen Zahlen der Kostensenkungsaufforderungen durch das Jobcenter, die in meiner Schriftlichen Kleinen An-

frage an den Senat vom 12. November mitgeteilt wurden (Drs. 20/9827), sprechen eine klare Sprache. Es muss dringend eine Anpassung der »Richtwerte« des Jobcenters und der Grund sicherungsstellen an die Realitäten des Hamburger Wohnungsmarktes erfolgen! Nach wie vor gibt es nämlich Monat für Monat zwischen 100 und 200 Kostensenkungsaufforderungen des Jobcenters. Wie die betroffenen TransferleistungsempfängerInnen tatsächlich günstigeren Wohnraum finden können, ist dem Jobcenter dabei egal.

Hier hat meine Fraktion eingegriffen, um eine rasche Verbesserung für die betroffenen Menschen zu erreichen. Man darf gespannt sein, wie sich die sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem Antrag verhalten werden. Es wird sich zeigen, ob sich die SPD unverändert als die Partei der »Agenda 2010« erweist, die zu Lasten der Hartz IV beziehenden MieterInnen weiterhin die Augen vor der Realität verschließt. Es kann und darf nicht mehr sein, dass viele Menschen Teile ihrer Miete auch noch dauerhaft aus dem eigentlich viel zu knapp bemessenen Regelbedarf/Regelsatz bestreiten müssen, weil die Stadt dem Jobcenter nur zu geringe Mieten als angemessen vorgibt und das Jobcenter diese unrealistisch niedrigen Mieten ebenfalls für angemessen hält.

Kleine Erfolge erfreuen das Herz



Zentrale der SAGA GWG in Barmbek-Nord (wikipedia)

Der Titelbericht im »Hamburger Abendblatt« am 21. November machte auf einen Umstand aufmerksam, der einer wieder mal die Haare zu Berge stehen ließ: So war zu lesen, dass die SAGA GWG bereits auf reinen Informationsveranstaltungen zu neuen Bauprojekten (in diesem Fall zum »Wohnen am Suttnerpark«) verlangt, dass etwaige Wohnungssuchende umfangreiche persönliche Daten und Unterlagen vorlegen müssen, um überhaupt auf einer InteressentInnenliste Berücksichtigung zu finden. Lange vor einem Mietvertragsabschluss hat sich Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen damit rechts- und sittenwidrig Zugang zu Daten einer unbekannteren Zahl von Menschen verschafft. Nicht zuletzt ließ sich

die SAGA GWG schon mal vorab eine Einverständniserklärung ausfüllen, mit der Informationen bei der Schufa eingeholt werden konnten.

Die Fraktion der LINKEN hat dieses Vorgehen noch am Tag der Abendblatt-Veröffentlichung aufgespießt und in einer Presseerklärung betont: Es ist unglaublich, was sich die SAGA GWG alles so herausnimmt. Ohne jede Not und völlig unabhängig von einem konkreten Mietvertrag verschafft sich dieses Unternehmen Zugang zu persönlichen Daten in unbekannter Größenordnung – und niemand weiß, wofür, wann und von wem diese abgefragt werden. Natürlich wurde die sofortige Einstellung dieser Datenhuberei auf Vorrat gefordert,

selbstverständlich auch die sofortige Löschung aller Daten, die in diesem Zusammenhang abgefragt und gespeichert worden sind. »Und dem Unternehmensvorstand empfehle ich«, so die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, »einen Kurs in den Grundsätzen des Datenschutzes zu belegen.«

Am 23. November meldete das Abendblatt dann Vollzug: »Saga zieht umstrittenen Fragebogen zurück«, die »abgeforderten Unterlagen wie Gehaltsabrechnungen und Ausweiskopien seien zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig, teilte das Unternehmen mit«. Wie schnell doch Proteste des Datenschutzbeauftragten, der Linksfraktion und von wem auch immer noch bisweilen zu einem guten Ergebnis führen. Weiter so, SAGA GWG!

Und wer sich einmal schlau machen möchte, welche persönlichen Angaben überhaupt von VermieterInnenseite verlangt werden dürfen, schaue sich einmal diese im November 2013 vom Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit herausgegebenen Materialien an:

- »Fragerecht des Vermieters«, 26 Seiten, http://www.datenschutz-hamburg.de/uploads/media/Fragerecht_des_Vermieters_-_Stand_November_2013.pdf
- »Datenerhebung bei der Vermietung von Wohnraum«, 2 Seiten, http://www.datenschutz-hamburg.de/uploads/media/Flyer_Datenerhebung_bei_der_Vermietung_von_Wohnraum.pdf

Die Bezirke und DIE LINKE

Parallel zu den Europawahlen findet am 25. Mai 2014 die Wahl zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen statt. Erstmals werden diese damit von den Bürgerschaftswahlen abgetrennt, die im Februar 2015 anliegen. Neu ist auch, dass in die jeweilige Bezirksversammlung einrückt, wer die Drei-Prozent-Hürde überwindet.

Unser »BürgerInnenbrief« hat sich von Anbeginn immer auch als Verbindungsorgan zu den Stadtteilinitiativen und natürlich zu den Bezirksfraktionen der LINKEN verstanden. Etliche Aktive haben deshalb in diesem Organ Stellung bezogen und unabhängige und manchmal auch besondere Per-

spektiven eingebracht, die uns sehr am Herzen liegen. Bis zur Neuwahl der Bezirksversammlungen Ende Mai 2014 werden wir plangemäß noch sieben Ausgaben herausbringen. Das hat uns inspiriert, in jeder dieser Nummern eine/n engagierte/n Bezirkslinke/n zu Wort kommen zu lassen, um die Probleme und Entwicklungen des jeweiligen Bezirks, aber auch die Erfolge und Misserfolge der LINKEN durchaus aus persönlicher Sicht zu veranschaulichen. In dieser Ausgabe machen wir den Anfang – mit einem Beitrag von Hartmut Obens, dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel.

Eimsbüttel – Ein Fall für DIE LINKE

von Hartmut Obens



Mietendemo, 10.11.2013 (Foto: C. Hannen)

Eimsbüttel – fangen wir damit an, wie »Wikipedia« es beschreibt: »Der Bezirk Eimsbüttel ist einer der sieben Verwaltungsbezirke in Hamburg. Er beherbergt die Universität Hamburg sowie im Stadtteil Rotherbaum das Universitätsviertel. Eimsbüttel gilt als bedeutender Standort der deutschen Medien- und Kreativwirtschaft. Gleichzeitig sind im Bezirk bedeutende deut-

sche Industrieunternehmen angesiedelt. Das ehemalige und heutige jüdische Viertel Hamburgs liegt am Grindel östlich der Grindelallee, rund um den Grindelhof und im Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel.« Ergänzen könnte man noch, dass der Name »Eimsbüttel« auf das ehemalige Dorf »Eymersbutele« zurückgeht, welches 1275 erstmalig urkundlich erwähnt wurde.

Dieses Lexikonwissen sagt indes noch wenig aus über diesen Bezirk, für den DIE LINKE mit drei Abgeordneten in der Bezirksversammlung vertreten ist. Als zentraler Bezirk ist Eimsbüttel mit seinen Stadtteilen Eidelstedt, Eimsbüttel, Harvestehude, Hoheluft-West, Lokstedt, Niendorf, Rotherbaum, Schnelsen und Stellingen so vielfältig wie kaum ein anderer in Hamburg. Eimsbüttel, ein eher »bürgerlicher« Bezirk, spiegelt insgesamt einen Querschnitt von ganz Hamburg wider und ist ein Herzstück der Stadt. Eimsbüttel beherbergt weltweit agierende Unternehmen wie Beiersdorf und VALVO (jetzt NXP), viele Gewerbeunternehmen, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe und nicht zuletzt den NDR an der Rothenbaumchaussee und in Lokstedt. Eimsbüttel ist bunt und vielfältig: Im dichtbesiedelten Kerngebiet wohnen Menschen in alten, gewachsenen Wohnquartieren. Die äußeren Stadtteile haben dagegen eine eher kleinteilige Bebauung mit viel Grün und Gärten. Es gibt Großwohngebiete wie das Lenzviertel, die »Linse«, den Hörweg und die Spanische Furt. Diese Siedlungen gelten als »soziale Brennpunkte«. Eimsbüttel ist kein »grüner« Bezirk und weist in der Stadt mit die höchste Bevölkerungsdichte auf, speziell im Kerngebiet. Es gibt auch aber grüne Lungen wie das Niendorfer Gehege, die Eidelstedter Feldmark, die Stellingener Schweiz, den Wehbers-Park, den Isebekkanal, ein Stück Alster, den Park am Weiher und den Wassermannpark in Schnelsen.

Eimsbüttel ist ein liebens- und lebenswerter Bezirk, und wir LINKE streiten dafür, dass es so bleibt. Wir wollen nicht, dass die Gentrifizierer die Oberhand gewinnen und die AnwohnerInnen aus ihren noch bezahlbaren Wohnungen vertreiben. Olaf Scholz und Jutta Blankau rollen die roten Teppiche aus, damit unsere Stadtteile und Quartiere mit gesichtslosen und teuren Wohnkonserven vollgestopft werden. Das Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm zeigt auf, welche dramatischen Sprünge sich in der Preisentwicklung abgespielt haben: Im Jahr 2008 lag der Median für Eigentumswohnungen bei 2.092 Euro/qm Wohnfläche (Hamburg: 1.923 Euro/qm). Bis 2012 gab es einen kontinuierlichen Anstieg auf 3.017 Euro/qm. Das sind 44%!

Im Mietpreisbereich ging die Entwicklung ebenfalls deutlich nach oben. Mit einem Median von 11,00 Euro/qm liegen die Angebotsmieten in Eimsbüttel um etwa 1,25 Euro/qm über dem Hamburger Durchschnitt. Der soeben herausgegebene »Mietenspiegel 2013« liegt bei durchschnittlich 5,7% Steigerung. Senatorin Blankau, die einmal führende Gewerkschafterin war, hat verlernt, die Tatsachen beim Namen zu nennen. Stattdessen betreibt sie Wortakrobatik: Sie fabuliert von einer »Stagnation der Steigerung« und verkauft dies auch noch als Erfolg der Hamburger Wohnungsbaupolitik! Also: Steigerung! Wir sehen, von dieser Stelle ist keine Hilfe zu erwarten.

Ein besonders gravierendes Problem in Eimsbüttel ist das Thema öffentlich geförderter Wohnungsbau. So wurden 2011 in diesem Bezirk lediglich 27 (!) Wohnungen genehmigt, 2012 waren es 105. Stellt man den wachsenden Bedarf an geförderten Wohnungen (1. Förderweg!) den auslaufenden Bindungen im sozialen Wohnungsbau gegenüber, so ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen in Eimsbüttel betrug im Jahr 2012 nur noch 7.188.



Eimsbütteler Wohnquartier, 2009 (Foto: C. Hannen)

Bis 2017 werden 2.919 Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, was einen Rückgang von 40,6% gegenüber 2012 ausmacht! Wir finden es deshalb angemessen, wenn das Wohnungsbauprogramm folgende Richtwerte für den geförderten Wohnungsneubau realisiert: »30% Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei jedem Vorhaben, 50% Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Vorhaben im Rahmen eines neuen Bebauungsplans sowie 100% Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Liegenschaftsflächen.« Wir unterstützen diesen Ansatz ausdrücklich, werden aber beantragen, dass es sich hierbei unbedingt um Wohnungen im Rahmen des ersten Förderweges handeln muss!

Die Arbeit der Fraktion in den letzten Wochen und Monaten ist geprägt durch unsere vielfältigen Aktivitäten zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in Eimsbütteler Einrichtungen. Wir haben die schnelle Errichtung und den Bezug von Containern an der Lokstedter Höhe unterstützt, aber verbunden mit der Forderung, anstelle der Massenunterkünfte den Bezug von Wohnungen in allen Eimsbütteler Stadtteilen zu prüfen und zu planen. Unser Antrag »Menschenwürdige Wohnraumversorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden« hat, zusammen mit einer gut besuchten Veranstaltung an der Lokstedter Höhe, einigermaßen Furore gemacht und Eimsbüttels rot-grüne »Regierungskoalition« aufgeschreckt. Mittlerweile haben sich alle Fraktionen unserer »Linie« weitgehend angeschlossen, sodass in Kürze eine Veranstaltung der Bezirksversammlung stattfinden wird, auf der das »Leverkusener Modell« vorgestellt wird, bei dem Massenunterkünfte komplett abgeschafft und durch Bezug von Wohnungen in der ganzen Stadt ersetzt worden sind. DIE LINKE wirkt!

Auch unsere Anfragen und Aktionen zum spekulativen Leerstand am Furtweg in Eidelstedt, die eine gute Presse bekommen haben, können auf einen Erfolg verweisen: Mittlerweile sind dort Wohnungen bezogen worden, teilweise auch durch Flüchtlinge! Und nicht zuletzt: Unsere Fraktion hat eine Veranstaltung des Bezirksverbandes mit der »Hartz IV-Rebellin« Inge Hannemann unterstützt, die von fast 100 TeilnehmerInnen besucht wurde.

Ein wichtiger Schwerpunkt für unsere Fraktion ist die Verteidigung der bezirklichen Demokratie gegen den immer absolutistischer auftretenden Scholz-Zentralismus. Wir halten

dagegen mit einer rechtzeitigen und umfassenden BürgerInnenbeteiligung auf allen Ebenen: In der Stadtentwicklung (Grünes Zentrum Eidelstedt, Neue Stellinger Mitte, Neue Lokstedter Mitte) oder bei dem durch uns initiierten Beteiligungsverfahren zur Neu- und Umgestaltung des Iseparks. Unsere Fraktion hatte zum Thema »Gesetzliche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung« ein Gutachten bei der Verwaltungsjuristin Lena Dammann auf den Weg gebracht, von dem auch

die Bezirksverwaltung zu profitieren scheint. So äußerte Bezirksamts-Leiter Torsten Sevecke kürzlich, dass in Eimsbüttel zukünftig kein größeres Planungsvorhaben mehr ohne BürgerInnenbeteiligung über die Bühne gehen werde. Und die ersten Erfahrungen, z.B. bei der Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Grindelviertel, zeigen, dass dabei für die AnwohnerInnen auch etwas herauskommt.

Dicker Hund aus Kaltehofe vor dem OVG

von Ingo Böttcher, Initiative Hamburgs Wilder Osten



Idylle auf Kaltehofe? (Foto: Michael Joho)

Wie sich aus einem lokalpolitischen Konflikt ein Grundsatzstreit um den Nutzen des Transparenzgesetzes entzündet, das veranschaulicht ein Thema, das die Stadtteil-Initiative für mehr Lebensqualität in Rothenburgsort – »Hamburgs Wilder Osten« (HWO) – gegenwärtig vor den Hamburger Gerichten ausstreitet. Ein Thema, das uns alle angeht, wenn wir die neu geschaffenen Möglichkeiten des Transparenzgesetzes wirklich nutzen wollen.

Im September 2009 will die Rothenburgsorter Stadtteil-Initiative Hamburgs Wilder Osten es mal wieder genau wissen. Sie interessiert sich für die Planungen der »Wasserkunst Kaltehofe«, eines schicken Eventmuseums im alten Wasserwerk an der Norderelbe – mit Parkplatz am Deich. Insbesondere dieser Parkplatz und dessen Zufahrt über die ehemals autofreie Deichverteidigungsstraße ärgert die RothenburgsorterInnen. Gegen ihn richten sich Protest und Aktionen der Gruppe.

Die Initiative stellt Antrag auf Informationszugang zur Bauakte, zur Baugenehmigung, zu den Gremienprotokollen. Es folgt die übliche Routine: Ablehnung, Widerspruch, Ablehnung des Widerspruchs, Gebührenbescheid über 132 Euro. Demokratie muss weh tun. Doch die Initiative will es weiterhin wissen und reicht im August 2010 Klage auf Informationszugang ein. Ein Jahr später, im Sommer 2011, wird die »Wasserkunst« eröffnet, einschließlich Parkplatz und Zubringer. Anderthalb Jahre später, am 15. Januar 2013, kommt es zur Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Hamburg (VG).

Nach einem deutlichen Hinweis der vorsitzenden Richterin rudert das Bezirksamt kräftig zurück und räumt – außergerichtlich – ein: HWO darf sehr wohl Einblick in die Bauakte nehmen, in die gesamte Bauakte. Denn, tatsächlich, das Transparenzgesetz gilt auch im Bezirk Hamburg-Mitte. Natürlich nützt das inzwischen nichts mehr für das Engagement gegen den Autoverkehr auf Kaltehofe. Aber es ist doch gut zu wissen.

Ingo Böttcher, HWO (Foto: Michael Joho)



Urteil auf Nebenschauplatz

Strittig bleibt in der Verhandlung ein Nebenschauplatz: Darf HWO auch die Protokolle der nicht-öffentlich tagenden Gremien einsehen, also des Bau- und des Stadtplanungsausschusses, die sich mit der Angelegenheit befasst und den Parkplatz abgenickt haben? Das Gericht urteilt – und damit wird es grundsätzlich, formal und kurios: Die Niederschrift des Stadtplanungsausschusses ist zugänglich, denn der hatte lediglich die Nicht-Öffentlichkeit der Sitzung beschlossen, es aber versäumt, die damit verbundenen Unterlagen für vertraulich zu erklären. Der Bauausschuss dagegen hatte sowohl die Sitzung für nicht-öffentlich als auch seine Unterlagen als vertraulich deklariert.

Damit soll, so das Verwaltungsgericht, das Geschehen im Bauausschuss für alle Zeit und ohne irgendeine Begründung dem Licht der Öffentlichkeit entzogen bleiben. Die RothenburgsorterInnen dürfen nie und nimmer erfahren, mit welchen Argumenten und mit welchem Abstimmungsergebnis die (auch von ihnen gewählten) Bezirksabgeordneten über die Einführung des Autoverkehrs auf Kaltehofe befunden haben.

Die Begründung für diesen Unsinn liefert – vermeintlich – das Transparenzgesetz. Das VG betrachtet die Protokolle der Bezirksgruppen als nach § 6 Abs. 2 Ziff. 2 HmbTG durch »spezialgesetzliche Vertraulichkeitsvorschrift« geschützt, sofern sie denn als vertraulich beschlossen werden. Eine Abwägung zwischen Informations- und Geheimhaltungsinteresse oder auch nur eine Begründung für den Vertraulichkeitsbeschluss ist laut Gericht nicht notwendig. Und vor allem: Die Vertraulichkeitserklärung gilt unbefristet.

Der dicke Hund

Was mit einer lokalen Auseinandersetzung auf Kaltehofe begann, wird mit der VG-Entscheidung zu einer grundsätzlichen Frage hinsichtlich der Öffentlichkeit von Bezirkspolitik: Denn

nach dieser Auslegung erlaubt das Transparenzgesetz allen Bezirksgruppen, ihr Handeln mit einfachem Mehrheitsbeschluss ohne Begründung und auf Dauer dem öffentlichen Zugang zu entziehen – ganz unabhängig davon, welche Themen verhandelt werden, welche Akteure und welche Geheimhaltungs- und Informationsinteressen betroffen sind, und ohne die Möglichkeit, dagegen Rechtsmittel einzulegen.

Das, fand HWO, wäre ein dicker Hund, der den Nutzen des Transparenzgesetzes für lokalpolitische Themen prinzipiell infrage stellen würde. Das Urteil, meinte die Initiative, gehört überprüft und korrigiert, sie beantragte daher die Zulassung der Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG).

Die Gruppe argumentiert, dass § 7 Absatz 1 BezVG hier eben nicht als »spezialgesetzliche Vertraulichkeitsvorschrift« interpretiert werden kann. Der Vertraulichkeitsbeschluss über die Unterlagen der Sitzung war dann rechtswidrig, weil keinerlei Abwägung über Informations- und Geheimhaltungsinteresse stattgefunden hat. Zudem wurde die Angelegenheit abschließend beraten, damit entfällt nach Auffassung von HWO nicht nur die Verschwiegenheitspflicht der Ausschussmitglieder, sondern auch die Vertraulichkeit der Beratungsunterlagen. Mit dieser Position beruft sich HWO unter anderem auf den Tätigkeitsbericht 2010/11 des Beauftragten für Informationsfreiheit, in dem es heißt: »Ist eine Vertraulichkeitserklärung ergangen, ohne dass die geschützten Interessen das Interesse der Öffentlichkeit überwiegen, so ist sie rechtswidrig. (...) Für offenkundige Angelegenheiten oder solche, die abschließend beraten worden sind und ihrer Natur oder Bedeutung nach keiner Geheimhaltung mehr bedürfen, entfällt die Verschwiegenheitspflicht (§ 7 Abs. 2 Satz 2 BezVG) und mit ihr die Vertraulichkeit. Die entsprechenden Unterlagen sind dann zugänglich.« Das Urteil des Verwaltungsgerichts sagt im Ergebnis jedoch das Gegenteil: Weder muss das Bezirksgremium irgendeine Interessen abwägen, noch entfällt mit der Verschwiegenheitspflicht die Vertraulichkeit.

Es geht nicht mehr um Kaltehofe

Es geht also längst nicht mehr um Kaltehofe, es geht um das Hamburgische Transparenzgesetz: Ist es ein gutes Instrument auch für die lokal engagierte Zivilgesellschaft oder lässt es sich durch schlichte Formalien der Bezirksgruppen aushebeln? HWO will es wieder mal genau wissen und geht dafür – trotz aller Zuversicht auf ein positives Urteil – ins Risiko: Die RothenburgsorterInnen rechnen im Fall einer Niederlage vor dem Oberlandesgericht mit 2.500 Euro an Gerichtsgebühren und Rechtsanwaltskosten.

Um dieses Risiko auf mehr Schultern zu verteilen und weil die Fragen, die hier zur Klärung anstehen, alle betreffen, die sich in Hamburg auf der Bezirksebene politisch engagieren, hat die Initiative einen Prozesskosten-Risiko-Fonds gegründet. Sie lädt alle Freunde des Transparenzgesetzes ein, sich daran zu beteiligen.

Weitere Informationen und Angaben zum Prozesskosten-Risiko-Fonds unter: www.hwo-digital.de/prozessinfo/ und info@hwo-digital.de

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Immer mal wieder lohnend anzuschauen ist die von der Initiative »Pokobi – Politisch korrektes Bier« gepflegte Website zu **Initiativen und Brennpunkten in Hamburg**. Wer sich also einen ersten Überblick über engagierte Gruppen in den Quartieren verschaffen möchte und die Grafik schätzt, hier ist er/sie richtig: <http://brennpunkte.pokobi.de>.



Frisch herausgegeben hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine Broschüre mit dem Titel **Hamburg gemeinsam gestalten. Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung**. Wir werden uns im nächsten »BürgerInnenbrief« mit dem Thema Partizipation und speziell auch dieser immerhin 40seitigen Broschüre näher beschäftigen. Vorerst nur der Link: <http://www.hamburg.de/contentblob/4126596/data/broschuere-buergerbeteiligung.pdf>.



Die Auseinandersetzungen um das Bleiberecht für die **Lampedusa-Flüchtlinge** reißen nicht ab, der Senat zeigt sich weiterhin vernagelt. Also finden auch weiterhin die Solidaritäts-Demos statt. Die Gruppe »Lampedusa in Hamburg« ruft an allen vier Advents-Samstagen (30.11 | 07.12. | 14.12. | 21.12.) zu Demonstrationen durch die Innenstadt auf, immer um 12 Uhr am Protestzelt (Steindamm 2, Hamburg-HBF). Wer sich an einem **Soli-Sampler** für die afrikanischen Refugees erfreuen möchte, kann die von 29 Hamburger Bands eingespielte CD »here to stay!« in verschiedenen Läden in St.

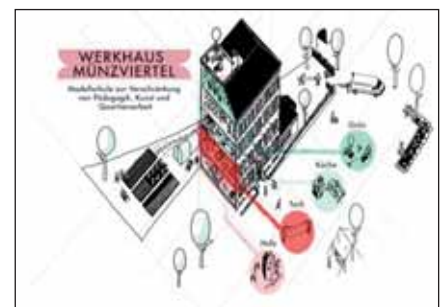
Pauli gegen eine Spende erwerben. Mehr unter <http://lampedusa.bandcamp.com/>. Auch die »Gruppe Gutzeit« hat aus aktuellem Anlass einen **Song** kreiert, darin geht es um »Anames Flucht aus Lampedusa«, anzusteuern unter www.gruppegutzeit.de.

Der neue Häuserkampf in Berlin – wie kann Stadtplanung ein »Recht auf Stadt« ermöglichen? – diese Frage wird auf einer Veranstaltung der LINKSFRAKTION am **Donnerstag, den 28. November**, erörtert. Die angehende Stadtplanerin Sophie Richter-Rethwisch stellt die Ergebnisse und Thesen ihrer Studienabschlussarbeit vor. Es geht um Betongold, die »Renaissance der Städte«, um die Finanzkrise und Berlin und natürlich die Recht-auf-Stadt-Bewegung in der Hauptstadt. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Haus der Familie (Bei der Schilleroper 15), die Moderation obliegt Heike Sudmann.

Im Rahmen des Quartiersprojekts Q8 führt die Evangelische Stiftung Alsterdorf am **Mittwoch, den 4. Dezember** von 11.00 bis 15.00 Uhr ein Symposium durch. Es trägt den Titel **Wer organisiert das Soziale? Das Quartier als zentrale Handlungs- und Steuerungsebene in Hamburg**. Veranstaltungsort ist die Alte Küche am Alsterdorfer Markt 18, Information und Anmeldung per E-Mail an t.strahler-pohl@q-acht.net.

Im Bezirk Nord haben sich etliche Stadtteilgruppen und -initiativen zusammengetan, um zukünftig stärker in die kommunalpolitischen Entwicklungen eingreifen zu können. Der nächste **Nordgipfel** findet am **Mittwoch, den 4. Dezember**, um 19.30 Uhr im »Roxie« (Alsterdorfer Straße 288) statt.

Elf Jahre haben sich die engagierten BewohnerInnen des Münzviertels dafür eingesetzt, jetzt endlich ist es soweit: Am **Donnerstag, den 5. Dezember**, wird um 16.00 Uhr in der Rosenallee 11 das neue **Werkhaus Münzviertel** eingeweiht, ein Projekt, das arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit bietet, Arbeitsprozesse in einem sozialen Umfeld kennenzulernen und sich darin zu behaupten. Bei der Eröffnung des »Modellprojekts zur Verschränkung von Pädagogik, Kunst & Quartiersarbeit« sprechen u.a. Bezirksamtsleiter Andy Grote und Günter Westphal von der örtlichen Stadtteilinitiative.



Auto, Fahrrad und öffentlicher Nahverkehr, darum geht es dem Wilhelmsburger Beteiligungsforum »Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln« auf einer Veranstaltung am **Dienstag, den 10. Dezember**, von 18.00 bis 20.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20). Zwei Tage darauf, also am **Donnerstag, den 12. Dezember**, von 18.30 bis 20.30 Uhr, steht am gleichen Ort das Thema **Wohnen und noch viel mehr auf der Agenda**. Weiterführende Informationen finden sich im Netz unter www.perspektiven-elbinseln.de.

König Olaf im Stimmungstief

von Joachim Bischoff

Auf dem SPD-Bundesparteitag in Leipzig wurde bei den Vorstandswahlen der Großteil der Parteiführung abgestraft. Die bitterste Schlappe erlitt dabei Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz, der als einer der stärksten Befürworter eines Regierungsbündnisses mit CDU und CSU schon im Vorfeld aktiv war. Er erhielt bei der Wahl zum Parteivize nur noch 67,3% der Stimmen – vor zwei Jahren hatte er noch 84,9% Zustimmung erhalten. Seine Bewerbungsrede war freilich auch ein Höhepunkt der Niveaulosigkeit, die auf Parteitag immer einen festen Platz hat. Als zukunftsorientierter Politiker wollte sich Scholz nicht präsentieren. Im Gegenteil, er distanzierte sich von Outfit und Stamokap-Orientierung der Juso-Zeit. Früher habe er ja lange Haare gehabt und so, erzählte er, »aber jetzt trage ich Nadelstreifenanzug, wie es sich für einen Hamburger Bürgermeister gehört«. Die Rede erinnerte an die Hochzeit des »Scholzomaten«.

Scholz stellte als Generalsekretär der SPD den »demokratischen Sozialismus« und die Notwendigkeit der Bändigung des Kapitalismus in einer bürokratischen Sprache infrage, die bislang als einsamer Höhepunkt in der Rechtswendung der Sozialdemokratie gilt. Scholz war das bürokratische Kontrastprogramm zur Intellektualität des Medienkanzlers Schröder.

Heute redet Bürgermeister Scholz gleichermaßen inhaltsleer und einschläfernd. Aber wenn er jetzt Interviews für die »Tagesthemen« oder das »Heute Journal« gibt, ohne eine Miene zu verziehen und das Hohelied der Schuldenbremse anstimmt, gilt das nicht mehr als langweilig und unintelli-

gent, sondern als seriös und staatstragend. Scholz hat es geschafft, seine frühere Schwäche, seine bis an die emotionale Sterilität heranreichende Selbstkontrolle, in eine neue Stärke umzudeuten.

Es geht aber nicht nur um die Befürwortung der großen Koalition und das Weiterleben des Scholzomaten, es geht eben auch um Inhalte. An drei Punkten hat sich Scholz positioniert:

Erstens: Scholz, der von 2007 bis 2009 unter Kanzlerin Angela Merkel Bundesarbeitsminister war, unterstreicht die Bedeutung einer Neuordnung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitsmarktpolitik sei bei den Koalitionsverhandlungen mit der Union im Bund von herausragender Bedeutung. »Wir müssen erreichen, dass auf dem Arbeitsmarkt endlich wieder eine vernünftige Ordnung herrscht.« Sein Argument unterscheidet sich nicht von den progressiven Neoliberalen. »Dass diejenigen, die sich jeden Tag anstrengen und sich Mühe geben, besser zurechtkommen, als das heute der Fall ist. Wenn wir das erreichen, dann wäre es jedenfalls ein vernünftiger Grund, diese Koalition auch einzugehen.« Dass seine Haltung entschieden dazu beigetragen hat, die Verhältnisse am Arbeitsmarkt »in Ordnung« zu bringen, spielt in seiner Argumentation keine Rolle. Scholz zeigt sich überzeugt: »Mindestlohn – das kriegen wir schon hin.« Das Thema sei seiner Partei sehr wichtig: »Es geht um Millionen, die es verdient haben, dass sie etwas mehr bekommen für ihre harte und schwere Arbeit.«

Das zweite wichtige Thema bei den »komplizierten Verhandlungen« ist nach den Worten von Scholz die doppelte Staatsbürgerschaft. Die SPD möchte den Zwang für in Deutschland geborene Zuwandererkinder, sich für eine zu entscheiden, beenden – die Union lehnt einen Doppelpass ab. »Wir müssen den merkwürdigen Optionszwang abschaffen«, forderte Scholz. Vor allem Teile der CSU tun sich damit aber schwer.

Entscheidend sind freilich, drittens, die Finanzen. Scholz leitet bei den Koalitionsverhandlungen zusammen mit dem amtierenden Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die entsprechende Arbeitsgruppe. Der Bürgermeister philosophiert: Solide Staatsfinanzen brauche man. Für Hamburg, dessen Haushalt bis spätestens 2020 bei »Plus-Minus Null« ankommen soll, bedeute das enorme Einsparungen. »In ein paar Jahren werden wir in Deutschland die Debatte führen müssen: Was bezahlt der Staat nicht mehr?«

Die Einhaltung des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes kann sich der konservative SPD-Politiker auch ohne Einnahmeverbesserungen vorstellen. Um diese geht es in den nächsten Jahren bis 2017 eben nicht: Es wird keine Steuererhöhungen und damit keinen Eingriff in die Einkommensungleichheit geben. Vom Tisch ist auch eine gesetzliche Deckelung der seit Jahren hohen Dispo-Zinsen von BankkundInnen. Union und SPD setzen stattdessen auf mehr Transparenz und Warnhinweise. Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits solle nicht zu einer übermäßigen Belastung der BankkundInnen führen.

Das künftige Regierungsbündnis verzichtet also insgesamt auf große Änderungen des Steuerrechts. Hamburgs Bürgermeister verständigte sich zumindest auf Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerfestsetzung. Zugestimmt hat die SPD unter Führung von Scholz dem Projekt der Steuervereinfachung. Unter anderem soll bis zum Veranlagungszeitraum 2017 eine vorausgefüllte Steuererklärung für alle Steuerpflichtigen eingeführt werden.

Im Kampf gegen Steuerbetrug sollen die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige weiterentwickelt werden, »sofern hierfür Handlungsbedarf aufgezeigt wird«. »Bei systematischen Verstößen von Banken gegen das Steuerrecht kommen aufsichtsrechtliche Sanktionen bis hin zum Lizenzentzug in Betracht«. Der »Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen« soll vorangetrieben werden. Eine Verbesserung des Steuervollzugs steht auch nicht auf der Agenda. Unterm Strich: Es ist ein »Weiter so« – eine sozialdemokratische oder auch bürgerlich progressive Verbesserung des sozialen Ausgleichs und der Regulierung des Finanzsektors ist nicht erkennbar. Selbst bei dem Nebenthema Begrenzung der ManagerInnengehälter bleibt der angedachte Kompromiss in der großen Koalition völlig unzureichend.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen in Hamburg verkauft Scholz als Vorbild. Er proklamiert das gute und vernünftige Regieren. Er hat im Wahlkampf fast nichts versprochen, aber das wenige eingehalten. Die Studiengebühren wurden abgeschafft und der Wohnungsbau – zumindest auf dem Papier und in der Politikerrede – zum Schwerpunkt erhoben. Er

befriedete den Konflikt um die Elbphilharmonie – mit vielen Hunderten Millionen Euros extra. Und es gelang Scholz mit Blick auf die Schuldenbremse, den Haushalt zu stabilisieren, indem die Personalausgaben gesenkt und die Sozialausgaben eingefroren wurden. Anders als seine Vorgänger verzichtete er auf spektakuläre Sparprogramme, die alle an der realen Entwicklung scheiterten.

Doch in den letzten Monaten hat den hölzernen Bürgermeister das Politikerglück verlassen. Oben auf der Liste der Pechsträhne steht die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die Elbvertiefung vorerst zu stoppen. Das Projekt ist auf die lange Bank geschoben. Nun droht eine zeitaufwändige Beteiligung des Europäischen Gerichtshofes. Weil der Bürgermeister auf den Wirtschaftsfaktor Hafen setzt, treffen ihn die anderen Fehlschläge hart. Neben Elbvertiefung ist die Finanzierung des Hafenausbaus ungeklärt, bei Hapag-Lloyd dürfte die Stadt neben der HSH Nord Bank wiederum enorm viele Steuermittel versenken. Die schlechte Bilanz der internationalen Gartenschau (igs) und ein miserables Management bei der Flüchtlings- und Asylpolitik haben die Zustimmungswerte für den Bürgermeister und die regierende Sozialdemokratie deutlich nach unten gedrückt.

Weitaus größere Auswirkungen als die schlechte Bilanz der Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik allerdings dürfte die Niederlage beim Volksentscheid über den Rückkauf der Energienetze haben. Die Mehrheit der Hamburger BürgerInnen ist ihm und seiner mächtigen Koalition aus Parteien, Unternehmen, Handelskammer und Gewerkschaften nicht gefolgt – und zwar bei einer der weitreichendsten Entscheidungen dieser Wahlperiode. Die wirtschaftsfreundliche Energielösung wurde von einer millionenschweren Kampagne unterstützt – und doch obsiegte das breite Bündnis einer Volksinitiative.

Was aber womöglich noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, dass ganz offensichtlich ein Teil der SPD-Mitglieder und WählerInnen dem Partei- und Senatschef nicht mehr gefolgt ist. Anders lässt sich das Ergebnis nämlich nicht erklären. Den Beinamen »König Olaf« bekam Scholz bekanntlich nicht nur wegen seines zentralistischen Regierungsstils verpasst, sondern auch, weil seine Macht mit der Doppelrolle als Bürgermeister und SPD-Landeschef größer ist als die seiner Vorgänger. Weil er die Partei nach Jahren der Skandale und Grabenkämpfe befriedet hatte, galt es zuletzt als unfein, dem aus Berlin herbeigeeilten Retter Scholz zu widersprechen. Wenn die SPD sich fortan stärker auf die Rolle als Korrektiv des Regierungshandelns besinnen sollte, könnte die Politik in Hamburg wieder realistischer werden. Hamburg steht vor der Herausforderung, die wirtschaftliche Wertschöpfung auf das 21. Jahrhundert auszurichten; die soziale Spaltung in der Stadt und Region lässt sich nicht weiterhin dauerhaft ignorieren. Und die Wohnungsfrage wird sich immer stärker als dringend zu lösendes Problemfeld in die vorderen Ränge der gesellschaftspolitischen Debatte schieben. Noch ist König Olaf nicht mit der Forderung nach Abdankung konfrontiert, aber der Lack einer autoritären Machtinszenierung ist ab.

Runter mit den HVV-Preisen!

von Heike Sudmann



Falsche Preis-Richtung: an der U-Bahn-Station Rauhes Haus (Foto: C. Hannen)

Verlässlich wie Weihnachten »erfreut« der Senat zum Jahresende die HVV-KundInnen mit einer Erhöhung der Fahrpreise. Während mensch Weihnachtsgeschenke zurückgeben kann und Geld oder einen Gutschein dafür erhält, muss der/die HVV-NutzerIn das ganze nächste Jahr über für dieses Geschenk bezahlen. Besonders ärgerlich ist, dass die Fahrpreiserhöhungen nicht notwendig sind. Doch der Reihe nach.

Der Senat will zum 1. Januar 2014 erneut die Preise für Fahrkarten um durchschnittlich 3,2% anheben, bei den SeniorInnen- und den CC-Karten sogar um 4,0% (vgl. Bürgerschafts-Drucksache 20/9603 vom 15.10.2013).

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat in einer Großen Anfrage die Kennzahlen zu den Tarifierhöhungen abgefragt (Drs. 20/9377 vom 17.9.2013). Anlass waren die jährlich wiederholten Behauptungen von Senat und HVV, die Tarifierhöhungen seien nötig für die Deckelung der öffentlichen Zuschüsse an den Verkehrsverbund und die Bestandssicherung des Verkehrs. Die Antworten zeigen, dass bisher mit den Zahlen getrickst wurde.

Die Verkehrsunternehmen haben in den letzten Jahren wesentlich mehr Geld eingenommen als erwartet und viel geringere Zuschüsse von der Stadt erhalten als geplant.

■ Im Jahr 2012 wurden 13 Mio. Euro Mehreinnahmen durch die Fahrpreiserhöhungen erwartet. Doch allein die Hoch-

bahn und die VHH hatten laut Geschäftsberichten 2012 zusammen knapp 40 Mio. Euro Mehreinnahmen (Hochbahn: 27,9 Mio., VHH 11,8 Mio.). Für 2014 geht der Senat von 14 Mio. Euro Mehreinnahmen durch die Fahrpreiserhöhung aus, d.h. den KundInnen sollen 14 Mio. mehr aus der Tasche gezogen werden.

■ Der Zuschussbedarf des HVV für 2012 wurde mit 259 Mio. Euro angegeben, doch gezahlt wurden nur 207 Mio., also rund 20% weniger. Von 2009 bis 2011 hat die Stadt jährlich über 30 Mio. Euro weniger Zuschuss als veranschlagt gezahlt.

Das ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE eine echte Saurei. Nur die HVV-KundInnen werden jedes Jahr zur Kasse gebeten, obwohl die Einnahmen des HVV steigen und die Zuschüsse der Stadt an den HVV sinken. Alleine wenn der Senat die Zuschüsse zahlen würde, die im Haushaltsplan jedes Jahr vorgesehen sind, könnten nicht nur die Fahrpreise für Einkommensschwache wie SeniorInnen, SchülerInnen oder Hartz-IV-BezieherInnen, sondern insgesamt gesenkt werden. Damit würde der HVV nicht nur sozial gerechter, sondern auch noch attraktiver werden. So lässt der Senat die von den Fahrgästen finanzierten Mehreinnahmen im Hamburger Haushalt versickern. Die Schuldenbremse lässt grüßen, auf Kosten der Menschen.

Die Beirätekampagne kommt voran



Viel Interesse in der Volkshochschule, 26.11.2013 (Foto: Hermann Jürgens)

Mehr als 180 BesucherInnen hatten sich am 26. November auf einer »Bilanz- und Protestveranstaltung« des Stadtteilbeirats St. Georg eingefunden, um über seine Zukunft zu beraten. Denn die sieht nach den Maßgaben des SPD-dominierten Bezirks Hamburg-Mitte wie auch des Senats schlecht aus.

Seit 1979 gibt es in St. Georg so etwas wie eine institutionalisierte BürgerInnenbeteiligung, der St. Georger Beirat ist mit seinen 34 Jahren der älteste und mit durchschnittlich 70 TeilnehmerInnen pro Monat auch zweifellos einer der – wenn nicht gar der bestbesuchte – Beirat in Hamburg überhaupt. Doch der Bezirk will dem Stadtteilbeirat jetzt in zwei Schritten die nötigen Mittel entziehen: Im nächsten Jahr soll es statt der bisherigen zehn nur noch fünf Sitzungen geben, für 2015 visiert der Bezirk an, dass der Stadtteilbeirat mit »selbsttragenden Strukturen« auskommt, lies: keine finanzielle Unterstützung mehr bekommt. Und so soll es in nächster Zeit mehreren Beiräten gehen, denn der Senat hält eine solche BürgerInnenbeteiligung nur dort für angemessen, wo es ein Fördergebiet gibt. Läuft das Fördergebiet, d.h. das quartiersbezogene Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) aus, endet auch die Beteiligung, mithin die Finanzierung des professionell begleiteten Stadtteilbeirats.

Angesichts der Rolle des St. Georger Beirats und der vom Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte im vergangenen Jahr angeschobenen Kampagne zum Erhalt und zur Verstetigung der Beiratsarbeit wunderte es nicht, dass auf der betreffenden Sitzung neben aufgebrachten St. GeorgerInnen auch einige VertreterInnen anderer Beiräte und nicht zuletzt die stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der Bürgerchaftsfraktionen der GRÜNEN (Olaf Duge) und der LINKEN

(Heike Sudmann) zugegen waren. Bei gerade mal drei Enthaltungen (davon zwei vom örtlichen SPD-Distrikt) forderte die Versammlung in überwältigender Einhelligkeit, dass der Beirat St. Georg auch im Jahr 2014 mit zehn Sitzungen »versehen« und ab 2015 verstetigt werden soll, außerdem wurde ebenso einmütig für die Schaffung eines neuen Beiräte-Etatpostens im Hamburger Haushalt zur Absicherung bestehender und der Unterstützung zukünftiger Beteiligungsgremien votiert.

Die Fraktion der LINKEN hat die Forderungen der Stadtteilbeiräte-Bewegung von Anbeginn unterstützt und dies auch auf verschiedenen Veranstaltungen unterstrichen. Ein von der Linksfraktion eingebrachter Haushalts-Antrag zur »Verstetigung und Ausweitung von Quartiers- und Stadtteilbeiräten« (Bürgerschafts-Drucksache 20/6038 vom 29.11.2012) wurde mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP – bei Enthaltung der GRÜNEN – Ende letzten Jahres noch abgelehnt. Doch ein Jahr später scheint auch bei den anderen Parteien Bewegung in die Sache gekommen zu sein. Auf der Beiratssitzung in St. Georg machte der ehemalige Bürgervers-Vorsitzende Helmut Voigtland, selbst SPD-Mitglied, den kuriosen Vorschlag, die LINKE möge ihren Antrag zur Unterstützung der Beiräte doch zurückziehen, damit ihn die SPD in leicht veränderter Form stellen und dann beschließen kann. Wir sind gespannt, auf welchem Wege die Beiräte-Kampagne zum Erfolg führt und wie letztlich DIE LINKE wirkt...

Ein anschaulicher Bericht von der Beiratsdebatte samt kurzer Videoeinspielung findet sich unter <http://hh-mittendrin.de/2013/11/signalwirkung-bis-in-die-buergerschaft>.

Kulturipp: »Wanderarbeiter«



Xu Fang, Müllrecyclerin (Foto: Wolfgang Mueller, 2012)

»Unter andern öffentlichen Gebäuden in einer gewissen Stadt, die ich nicht nennen, der ich aber auch andererseits keinen erdichteten Namen beilegen möchte, befand sich eines, wie es wohl die meisten Städte, ob groß oder klein, besitzen, nämlich ein Arbeitshaus; und in diesem wurde eines Tages der kleine Weltbürger geboren, dessen Name dieses Buch trägt.« So beginnt der weltberühmte Roman »Oliver Twist« den der englische Autor Charles Dickens (1812-1870) erstmals 1837/39 als Fortsetzungslektüre veröffentlichte. Wie kaum ein anderer legte Dickens die Finger in die Wunden schreiender sozialer Verhältnisse und veranschaulichte die zerstörerischen Seiten der Armut im viktorianischen Zeitalter.

Auch wenn dieser Roman viele Jahrzehnte zurück liegt, die sozialen Missstände sind geblieben, in Deutschland und der Welt. Wer sich auch und vielleicht gerade in der üppigen (Vor-) Weihnachtszeit den Blick fürs Ganze bewahren möchte, dem/der sei eine kürzlich angelaufene Ausstellung im »Museum der Arbeit« (Wiesendamm 3) empfohlen. Es geht um »Wanderarbeiter. Fotografien einer neuen Arbeiterklasse«. Auch wenn es wichtig ist, die rund 15.000 in Hamburg tätigen WanderarbeiterInnen und TagelöhnerInnen im Kopf zu haben, so richten sich die Blicke bzw. Linsen der an der Ausstellung beteiligten neun FotografInnen doch auf dieses Phänomen an verschiedenen Brennpunkten rund um den Globus.

Teils in Farbe, teils schwarz-weiß werden die Arbeitsverhältnisse von Seemännern und ihr trostloses Leben veranschaulicht (Oliver Tjaden), geht es um ErntearbeiterInnen in Brandenburg (Ingar Krauss) und um illegale Bauarbeiter in Bangkok (Ralf Tooten). Besonders eindringlich sind die aus China stammenden Aufnahmen von Wolfgang Müller: »Sechs Jahre lang fotografierte er dort Wanderarbeiter. Fensterputzer, die, auf schmalen Brettchen stehend, von oben abgeseilt werden und mit 40 zu alt für den Job sind, weil man sich extrem konzentrieren muss, um nicht abzustürzen. Männer, die nachts massenhaft neben einer Schnellstraße zum Schlafen ihre Bastmatte ausgerollt haben. Müller mutet uns das ganze Elend zu: die übernachtigten Gesichter, die Enge, den Dreck, die Gefahren, den Mangel.« (Hamburger Abendblatt vom 22.11.2013) Wir reden hier nicht von einer Randerscheinung: In China wird heutzutage von rund 200 Millionen WanderarbeiterInnen ausgegangen.

Mehr Angaben zur Ausstellung und zu den FotografInnen finden sich im Netz unter <http://museum-der-arbeit.de/de/ausstellungen/wanderarbeiter.htm>.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 2. März 2014, die Öffnungszeiten sind montags von 13 bis 21 Uhr, dienstags bis samstags zwischen 10 und 17 Uhr und sonntags von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt beträgt 6 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.